

Büro Hans-Dietrich Genscher

Rede

von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher

**bei der Festveranstaltung der F.D.P. aus Anlass des
10. Jahrestages der deutschen Einheit**

am 1. Oktober 2000 auf dem Hambacher Schloß /Pfalz

Es gilt das gesprochene Wort!

Wir Liberalen begehen den Tag der Deutschen Einheit in Dankbarkeit und in Hochachtung vor den vielen Unbekannten in den Straßen der DDR, die sich Freiheit und Einheit friedlich und mit Verantwortung erkämpft haben. Wir lassen uns durch nichts und durch niemanden unsere täglich neue Freude darüber nehmen, dass wir wieder in einem Land in Freiheit leben können. Wer was gewollt oder nicht gewollt, wer was getan oder nicht getan, wer mehr oder weniger an der Einheit beteiligt war – dieser ebenso kleinliche wie peinliche Streit wird der Bedeutung und der Würde des Tages der Deutschen Einheit nicht gerecht. Das schafft neue Gräben, wo der Wille zur Einheit für die Zukunft unseres Landes gebraucht wird. Das schafft Zwietracht, obwohl wir doch genug Anlass haben, uns gemeinsam zu freuen. Die Einheit gehört niemandem allein; sie gehört auch keiner Partei allein, auch nicht der eigenen; sie gehört allein dem Volk, denn es war das Volk, das sie erkämpft hat. „Wir sind das Volk!“ und dann: „Wir sind ein Volk!“, das ist Botschaft und Verpflichtung des Jahres 1989. Freiheit und Einheit – mit dieser Forderung haben sich hier im Hambacher Schloss vor nunmehr 168 Jahren Liberale der Reaktion und den Feinden der Einheit entgegengestellt. Und auch der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 gehört zu den stolzen Daten deutscher Freiheitsgeschichte. Als Deutsche damals mit dem Willen zu Freiheit und Einheit auf die Straße gingen, in Berlin und überall in der DDR, da war das die erste Freiheitsrevolution im sowjetischen Machtbereich. Ihrer gedenken wir, wenn wir den zehnten Jahrestag der Deutschen Einheit begehen. Und wir gedenken der vielen liberalen Freunde, die in der sowjetischen Besatzungszone Leben und Freiheit aufs Spiel setzten, für Freiheit und Einheit. Wir erinnern uns dabei an Arno Esch, der als junger Student in Moskau erschossen wurde, an Wolfgang Natonek, an Günther Kröber und an Hermann Marx und viele, viele andere. Und wir wissen auch, dass sich mit dem gleichen Mut Sozialdemokraten der Zwangsvereinigung mit SED entgegenstellten und viele Christdemokraten der Vereinnahmung als Blockpartei ebenso. Sie alle sind Freiheitszeugen eines Volkes, dass nach der moralischen und geschichtlichen Katastrophe Hitler-Deutschlands unser Volk seinen Platz auf der Seite der Freiheit für immer eingenommen hat. 1989 sind in der früheren DDR Menschen aus allen politischen Lagern für Freiheit und Einheit auf die Straße gegangen, so wie ihre Nachbarn in Polen, in der Tschechoslowakei, so wie die Ungarn mit einer reformkommunistischen Führung, so wie die Menschen in der Sowjetunion, ermutigt von Gorbatschow und Schewardnadse. Was 1989 geschah, war eine europäische Freiheitsrevolution. Wir verdanken es den Deutschen in der damaligen DDR, dass wir diesmal sagen können: Wir Deutschen waren dabei, als es um Europas Freiheit und Einheit ging. Das ist die historische Verpflichtung, deren wir uns heute bewusst sein müssen, dass wir diese Einheit Europas bewahren und vertiefen. Die Historiker

werden einmal sagen, das Jahr 1989 war das europäischste Jahr des 20. Jahrhunderts. Heute geht es darum, dass das 21. Jahrhundert das europäischste Jahrhundert in der Geschichte unseres Kontinents wird. Wenn wir uns dieser Verantwortung bewusst sind, dann ehren wir damit auch die Bekannten und die Unbekannten, die als Bürgerrechtler und in Friedensgruppen – so ehren wir alle Menschen, die 1989 ihr Schicksal in die Hand nahmen. Und wir denken an die vielen, die in Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit mit ihren Familien Heimat und gewohnte Umgebung verließen für eine Zukunft in Freiheit. Die Tausende von DDR-Bürgern in der Prager Botschaft, denen ich gestern vor elf Jahren sagen konnte, der Weg ist frei, sie waren dorthin gekommen, um für sich und ihre Familien Freiheit zu gewinnen. Aber sie machten Geschichte, denn ihr Freudenschrei wurde überall in der Welt gehört. Dieser Schrei brachte die Mauer zum Wanken. Dieselbe Mauer, die vorher schon erschüttert wurde als das kleine tapfere Volk der Ungarn als erstes die Kraft gefunden hatte, den Eisernen Vorhang zu öffnen. Wenn wir über die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union sprechen, dann dürfen wir das Volk der Ungarn nicht vergessen, und auch nicht das Tschechien von Vaclav Havel und nicht das Polen von Solidarnosc und auch nicht all die anderen Völker Mittel- und Südosteuropas. Es wird mir unvergesslich bleiben, wie mir am Morgen nach Öffnung der Mauer, am 10. November 1989 in Warschau der damalige außenpolitische Berater von Lech Walesa und spätere Außenminister des demokratischen Polen, Bronislaw Geremek, sagte: Das ist ein großer Tag auch für Polen, denn wenn Deutschland vereint sein wird, wird Polen Nachbar der westlichen Gemeinschaften sein. Das bestätigte, was die Liberalen, die sich vor 168 Jahren hier in diesem Hambacher Schloss getroffen haben, den Deutschen und den Polen zuriefen: „Ohne Polens Freiheit keine deutsche Freiheit und ohne Polens Freiheit kein dauernder Friede, kein Heil für die europäischen Völker“. Heute ist Polen unser Verbündeter in der NATO, und es ist unsere historische Verantwortung als Volk in der Mitte Europas, auch unseren östlichen Nachbarn den Weg auch in die Europäische Union zu öffnen. Wir Deutschen als Volk in der Mitte Europas haben immer wieder im Gegensatz zu unseren Nachbarn gestanden. Heute haben wir die historische Chance, auch unseren politischen Standort in der Mitte Europas einzunehmen, so wie wir geographisch im Herzen Europas als das Land mit den meisten Nachbarn leben.

Liebe Freunde,

das erste konkrete Programm für die deutsche Vereinigung war der „Brief zur Einheit“ als Teil des Moskauer Vertrages und des Grundlagenvertrages mit der DDR, der die Unterschrift unseres Freundes Walter Scheel trägt. Das erfüllt uns mit Stolz. „... auf einen Zustand des

Friedens hinzuwirken“, heißt es dort, „in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Das war ein politisches Konzept anstelle hohler Proteste. Die Geschichte unserer Partei, das Einheitsbekenntnis von Theodor Heuss, das Einheitsbeharren von Reinhold Maier, und die selbstquälerische Suche eines Thomas Dehler, die Entschlossenheit von Wolfgang Döring, Karl-Hermann Flach und Wolfgang Schollwer, das alles spiegelt wider, wie diese liberale Partei um den richtigen Weg zur deutschen Einheit gerungen hat. Zwei Mal – 1969, als es darum ging, die Ostverträge durchzusetzen, und 1982, als es darum ging, mit dem NATO-Doppelbeschluss einem expansiven, die Entspannungspolitik gefährdenden Streben der Sowjetunion ein entschlossenes Nein entgegenzusetzen – hat unsere Partei ihre Existenz aufs Spiel gesetzt, um unsere Verantwortung für Freiheit und Einheit für Deutschland und Europa gerecht zu werden. Wir erinnern uns an den Kölner Parteitag 1989, als wir nicht nur für die Bundesregierung, sondern für das ganze Bündnis einen Beschluss über die Modernisierung nuklearer Kurzstreckenraketen verhinderten. Ein solcher Beschluss hätte in dramatischer Weise den Auflösungsprozess im sowjetischen Machtbereich stoppen können. Die ganze Freie Demokratische Partei stand hinter mir, als ich am 27. April 1989 im Deutschen Bundestag erklärte: „Die Mitglieder der Bundesregierung leisten den Eid, ihre Kräfte dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen. Die Verpflichtung aus diesem Eid endet nicht an der Grenzen mitten durch Deutschland. Die damit begründete nationale Verantwortung schließt meine Heimat, schließt die Stadt, in der ich geboren bin, und schließt die Menschen, die in der DDR leben, nicht aus, nein, diese Verantwortung schließt diese Menschen ein. Wie ernst wir es meinen mit der deutschen Nation, das erweist sich nicht in Sonntagsreden, das erweist sich in dem täglichen Bemühen, Frieden und Stabilität und Menschenrechte in Europa zu stärken, in dem Bemühen um Zusammenarbeit und Abrüstung. Und das Friedensgebot unseres Grundgesetzes gilt gegenüber allen europäischen Völkern.“ Nein, meine Damen und Herren, die deutsche Vereinigung war alles andere als eine Laune der Geschichte. Sie war das Ergebnis einer langfristig angelegten, auf die Verantwortung für die Einheit der Nation und die Einigung Europas gerichteten Politik. Sie hatte ihre Grundlage in der festen Einbindung unseres Landes in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien. Und sie war das Ergebnis der mutigen und entschlossenen Vertragspolitik mit dem Osten und unserer gestaltenden Rolle im KSZE-Prozess. Die Ostverträge und die Schlussakte von Helsinki waren Außenpolitik aus europäischer Verantwortung. NATO-Mitgliedschaft, Ost-Verträge und die Zustimmung zur Schlussakte von Helsinki wurden möglich, weil die Freie Demokratische Partei diese Politik wollte. Die Einheit unseres Landes war stets bestimmendes Ziel liberaler

Nachkriegspolitik. Und wir sagen auch bei dieser liberalen Veranstaltung, wir werden nicht vergessen, dass wir die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis zusammen mit Dr. Konrad Adenauer durchgesetzt haben, dass wir mit Willy Brandt die Ost-Verträge gestalteten und ermöglichten, dass wir mit Helmut Schmidt den Weg frei machten für die KSZE, und dass wir mit Helmut Kohl den NATO-Doppelbeschluss ebenso ermöglichten wie wir die Chance der Einheit - eröffnet durch die Menschen in der DDR - 1989 und 1990 nutzten. Die Schlussakte von Helsinki und der KSZE-Prozess, beides Kernstücke liberaler Außenpolitik, führten zum ersten Mal westliche Werte in das West-Ost-Verhältnis ein. Menschenrechte und Selbstbestimmungsrecht, Recht auf Information und Reisemöglichkeit, die Lösung humanitärer Fragen, Zusammenarbeit in allen Bereichen anstelle von Konfrontation – das hatte mit einer unvorstellbaren Dynamik systemöffnende Wirkung. Bei den 2+4-Verhandlungen konnte ich auf die Schlussakte von Helsinki Bezug nehmen, als es um die Freiheit der Entscheidung Deutschlands über seine Bündniszugehörigkeit, also in Wahrheit um seine Zugehörigkeit zur NATO, ging und als mit der friedlichen Veränderbarkeit der Grenzen und dem Selbstbestimmungsrecht auch die Berufungsgrundlage für die friedliche Vereinigung der Deutschen geschaffen war.

Aber hätten wir die Chance zur Einheit wirklich nutzen können, wenn wir nicht Vertrauen und Zustimmung unserer Nachbarn und Verbündeten und ein neues Verhältnis zur neuen sowjetischen Führung gehabt hätten? Was wäre geschehen, wenn wir 1989/90 auf den Widerspruch unserer Partner gestoßen wären? Ich stelle diese Frage so eindringlich, weil ich gerade in diesen Tagen immer wieder von der angeblich negativen Einstellung unserer europäischen Nachbarn lese. Es ist richtig, wir konnten uns in jeder Phase des Vereinigungsprozesses auf die Vereinigten Staaten von Amerika verlassen. Mit Präsident George Bush und meinem Kollegen und Freund James Baker als Repräsentanten der Weltmacht USA hatten wir Anwälte unserer Vereinigung an unserer Seite. Das hat die Freundschaft zwischen Deutschen und Amerikanern noch weiter vertieft. Aber zur geschichtlichen Wahrheit gehört auch, dass François Mitterrand von der historischen Notwendigkeit der deutschen Einheit sprach und die Unterstützung Frankreichs erklärte. Margret Thatcher muss ich nicht verteidigen, sie hat in ihren Memoiren ihre Skepsis gegenüber der deutschen Einheit bekannt. Aber ihr Außenminister Douglas Hurd hat mich ebenso unterstützt wie mein Freund Roland Dumas. Natürlich haben alle unsere Freunde, auch die Amerikaner, Fragen gestellt, die wir im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung, der Irrwege unserer Geschichte und unserer uneingeschränkten Zugehörigkeit

zu der Gemeinschaft der westlichen Demokratien beantwortet haben. Es war die Frage nach der deutschen Ostgrenze. Immer wieder habe ich in jenen Monaten erklärt: Jeder soll wissen, was wir vereinen wollen, die Bundesrepublik Deutschland, die DDR, das ganze Berlin – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Und dem polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski, dem Außenminister des demokratischen Polen habe ich am 27. September 1989 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen zugerufen, dass Deutschland keinerlei Gebietsansprüche gegen Polen hat und auch in Zukunft nicht erheben wird. Und natürlich war es für unsere Partner wichtig zu wissen, ob das vereinte Deutschland Mitglied der NATO bleiben will. In Tutzing erklärte ich am 31. Januar 1990 dazu: „Die Bundesrepublik Deutschland muss sodann die Frage beantworten, wie sie es im Falle der deutschen Einheit mit ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im westlichen Bündnis hält. Die Antwort ist eindeutig, unsere Mitgliedschaft in der EG im Falle der Einheit ist unwiderruflich und der Wille zu fortschreitender Integration hin zur politischen Union auch. Das gleiche gilt für die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis. Ein neutralistisches Gesamtdeutschland wollen wir nicht.“ In einem nicht einfachen Ringen mit unserem sowjetischen Kollegen Eduard Schewardnadse konnte am 12. Februar 1990 in Ottawa der Verhandlungsrahmen für die äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung festgelegt werden. Der Weg für die 2+4-Verhandlungen war frei. Schon bei der Einsetzung dieses Verhandlungsforums konnte ich in Ottawa empfinden, was das für Schewardnadse und die neue sowjetische Führung bedeutete. Dann haben wir bei den nächsten Verhandlungsrunden am 5. Mai 1990 in Bonn, am 22. Juni in Ost-Berlin, am 17. Juli in Paris und am 12. September in Moskau und in zahlreichen Verhandlungen meiner Beamten im 2+4-Kreis um jenes Dokument gerungen, das die Außenminister am 12. September 1990 in Moskau in Gegenwart von Michail Gorbatschow unterzeichnet haben. Bei diesen Verhandlungen und meinen Begegnungen mit Eduard Schewardnadse in Windhuk und Genf, in Brest und in Münster, und im August 1990 noch einmal in Moskau, habe ich gespürt, was für ihn und für Gorbatschow diese Entwicklung bedeutete. Und unvergesslich werden mir die Worte seiner Frau Raissa bleiben, als sie mir bei dem Treffen im Kaukasus sagte: „Herr Genscher, Sie müssen sich bewusst sein, was mein Mann mit dieser Politik auf sich nimmt. Auch Deutschland muss seine Zusagen einhalten.“ Hier haben zwei Männer die Welt verändert, mit großer Verantwortung und auch als ein großes persönliches Wagnis. Ich hätte mir gewünscht, dass sie in den letzten zehn Jahren wenigstens bei einer der offiziellen Einheitsfeiern als ausländischer Ehrengast zu Wort gekommen wären.

Ich danke Ihnen, lieber Herr Gerhardt und der ganzen Führung der F.D.P., dass Sie Michail Gorbatschow am 12. September 2000 als Redner eingeladen haben, als wir den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung dieses für unser Volk so bedeutsamen Vertrages begingen. Wir Liberalen wollen nicht, dass Dankbarkeit und historisches Bewusstsein zu Fremdworten in der Politik werden. In den 2+4-Verhandlungen habe ich erleben können, wie sehr meine westlichen Kollegen mit mir zusammen bemüht waren, Eduard Schewardnadse die Zustimmung zu erleichtern und durch eine für unvorstellbar gehaltene Beschleunigung der Verhandlungen das Fenster der Gelegenheit zu nutzen. Die deutsche Frage galt doch bis 1989 als die komplizierteste Frage der internationalen Politik. Die Verhandlungen haben gezeigt, dass mit Verantwortung und gutem Willen auf allen Seiten auch eine solche Frage lösbar wird. Entscheidend war es, dass die USA bei der Begegnung mit Gorbatschow Anfang Juni in Washington die Zustimmung zur freien Bündniswahl, das hieß zur NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland, abringen konnten. So wurde es möglich, dass Helmut Kohl und ich im Kaukasus über die Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der DDR, über die Höhe unserer Entschädigungszahlungen für die Rückführung dieser Streitkräfte und über die Stärke der Streitkräfte des vereinten Landes verhandeln konnten.

Meine Damen und Herren,

hüten wir uns vor Legendenbildungen über das Verhalten unserer westlichen Nachbarn. Dass sie Gewissheit haben wollten über unsere Zugehörigkeit zur NATO und zur Europäischen Gemeinschaft, das war doch ein Verlangen, das wir selbst hatten. Wir jedenfalls wollten beide Mitgliedschaften für das vereinte Land und wir haben sie erreicht. Und es war auch legitim, dass sie Gewissheit haben wollten, ob Deutschland mit einer offenen Grenzfrage in seine Einheit gehen wollte. Als ich den Grenzvertrag mit Polen am 14. November 1990 unterzeichnet habe, war ich mir des Schmerzlichen bewusst, dass das für viele Menschen in unserem Land bedeutete. Aber ich wusste auch, wie viele europäische Bruderkriege der Streit um Grenzen in Europa ausgelöst hatte. Der Teufelskreis von Unrecht und neuem Unrecht musste ein und für alle Mal unterbrochen werden. Und nach allem, was geschehen war von 1933 bis 1945, war es an uns, den Deutschen, diesen Teufelskreis ein und für alle Mal zu beenden. Das ist die Verantwortungspolitik, die wir meinen, wenn wir von der Politik des vereinten Deutschland sprechen. Mit diesem Grenzvertrag wurde nichts aufgegeben, was nicht Hitler mit seinem verbrecherischen Krieg längst verspielt hatte.

Meine Damen und Herren,

keine der Fragen, die unsere Nachbarn uns stellten, hatten wir uns nicht auch selbst gestellt. Ich hoffe jedenfalls, dass jeder sie sich selbst gestellt hat. Und deshalb warne ich vor einer Legendenbildung, die unsere europäischen Nachbarn als Gegner unserer Einheit erscheinen lässt. Das träufelt Gift in das Verhältnis guter Nachbarschaft. Heute geht es darum, dass wir den Blick nach vorn richten und uns vergewissern über unsere Zukunftsverantwortung. Der Fall der Mauer in Berlin und die deutsche Einheit waren zugleich das Ende der Spaltung Europas und der Welt. „Nichts wird mehr so sein, wie es war. Nicht im Osten, aber auch nicht im Westen“, habe ich am 8. November 1989, am Tage vor dem Fall der Mauer im Deutschen Bundestag gesagt und hinzugefügt: „Wir müssen schon jetzt den Deutschen in der Bundesrepublik sagen, dass große Leistungen notwendig sein werden für die Einheit der Nation.“ Ich wehre mich gegen den modischen Begriff von den Lasten der Einheit Deutschlands. Für uns ist die Einheit nicht Last, sondern Chance und Anlass zur Freude. Und die Lasten im Osten sind Erblasten von 40 Jahren sozialistischer Politik und die Lasten im Westen sind das Ergebnis einer langen und recht unbedenklichen Politik des „Weiter so, Deutschland“. Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt und müssen uns jetzt den Verhältnissen anpassen. Jede Reform, die heute notwendig ist, hätten wir auch durchführen müssen, wenn es die deutsche Einheit nicht gegeben hätte. Wer die Bilanz deutscher Einheit im Finanztransfer ausdrücken will, hat Sinn und Wert der Freiheit nicht verstanden. Ich möchte es ganz klar sagen: Niemand ist mit leeren Händen in das vereinte Deutschland gekommen! Die Deutschen aus der Bundesrepublik kamen mit einer lebendigen Demokratie und einer leistungsfähigen Wirtschaft und die Deutschen aus der DDR mit dem kostbaren Gut selbst und friedlich errungener Freiheit. Das hat uns alle in einem ganz ideellen Sinne reicher gemacht. Die Deutschen in der damaligen DDR haben mit ihrer Freiheitsrevolution die Frage nach dem Willen der Deutschen zur Freiheit für immer beantwortet. Und deshalb will ich auch mit aller Klarheit sagen: Wir dürfen uns diese Freiheit nicht neu von Fremdenhaß und gewalttätigem Rechtsextremismus zerstören lassen! Wir lassen nicht zu, dass Rechtsextremismus und Fremdenhaß als eine ostdeutsche Besonderheit abgetan werden. Es gibt sie genauso im Westen – und das gilt für die geistigen Brandstifter und Schreibtischtäter besonders. Die deutsche Einheit ist auch nicht allein eine politische und wirtschaftliche Angelegenheit. Es ist nie gelungen, uns kulturell zu teilen. Und die Kultur ist es, die den Menschen befähigt, auch in dem Anderen den Menschen in seiner Würde zu erkennen. Thomas Dehler hat die Aufgabe liberaler Politik so definiert: "Der Mensch hat seine Würde als Ebenbild Gottes, als Träger einer unsterblichen Seele, als einmalige, unverwechselbare

Persönlichkeit. Diese Würde im irdischen Leben zu wahren, ist unsere Verpflichtung.“ Das ist das Postulat des alles überragenden Artikel 1 unserer Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das verlangt, dass wir gerade an diesem Tag, an dem wir der Einigung unseres Volkes in Freiheit gedenken, uns bewusst werden, dass die Achtung vor der kulturellen Identität anderer Völker, anderer Religionen, anderer Traditionen der Schlüssel zum friedlichen Zusammenleben der Völker liegt. Hier liegt auch die Verantwortung der Erwachsenen gegenüber den Kindern. Ein mieser Türken-Witz kann im Herzen eines türkischen Kindes eine Wunde hinterlassen, die nie mehr heilt. Aber Kinder, die aufwachsen in der Achtung vor anderen Völkern, vor anderen Kulturen, vor anderen Überzeugungen, vor einem anderen Glauben und vor einem Anderssein, die kann man nicht mehr aufhetzen gegen andere, wenn sie erwachsen sind. Von Christa Wolff stammt das Wort: „Wann der Krieg beginnt, das weiß man. Aber wann beginnt der Vorkrieg?“ Wir Liberalen fragen dazu: Wo beginnt er? Er beginnt in den Hirnen und Herzen. Deshalb kämpfen wir Liberalen mit Herz und Verstand für aktive Toleranz und Achtung vor den Anderen. An diesem zehnten Jahrestag müssen wir uns noch einmal bewusst werden, wie Recht Thomas Mann 1953 in seiner großen Rede an die deutsche Jugend hatte: „Wir wollen ein europäisches Deutschland und nicht ein deutsches Europa.“ Das war die Absage an alle Überheblichkeit und Vorherrschaftsansprüche. Und unser Europa, das heute eine neue Kultur des Zusammenlebens hat, die beruht auf Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit der Völker, der großen und kleinen, sollte als seinen Beitrag für die neue Weltordnung eben diese neue Kultur und das Wissen um Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit aller Völker und Regionen verständlich machen. Der Theologe Hans Küng sagt zu Recht: „Der kategorische Imperativ Kants findet sich nicht nur in der Bibel, sondern in allen schriftlichen Zeugnissen der großen Weltreligionen wieder, das sollte den Fundamentalisten“, so fügt er hinzu, „die es überall gibt, zu denken geben.“

Meine Damen und Herren,

wir blicken dankbar auf zehn Jahre deutsche Einheit zurück. Die innere Vereinigung ist weiter als manche es wahrhaben wollen. Eine junge Generation wächst heran, für die die Zeit der Teilung immer mehr Geschichte wird, die aber die gemeinsame Zukunft als gemeinsame Herausforderung sehen. Jetzt müssen wir entschlossen daran gehen, das größere Europa zu schaffen. Wir haben die Chance, für eine neue Weltordnung der Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung und nicht der Vorherrschaft und Unterdrückung zu arbeiten. Das am Beginn eines neuen Jahrhunderts feststellen zu können, ist eine wahrhaft große Chance. Weil

die deutsche Einheit in Freiheit stets unsere Sache war, weil wir jede der dafür notwendigen Entscheidungen mit bewirkt haben, begehen wir diesen Tag in Freude und mit Zuversicht. Und wir versprechen den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes und allen unseren Nachbarn: Wir werden alles tun, damit diese neue Chance nicht verspielt wird.